

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Verurteilung des Berliner Journalisten Herbert Kluge in der sowjetischen Besatzungszone.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag fordert die Freilassung des von einem sowjetzonalen Gericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Westberliner Journalisten Herbert Kluge.
2. Die Bundesregierung wolle diese Forderung der Alliierten Hohen Kommission unterbreiten und sie um geeignete Schritte bei der Sowjetischen Kontrollkommission ersuchen.
3. Die Bundesregierung möge den Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen über die näheren Umstände der Verurteilung Kluges und über das Schicksal der übrigen in der Sowjetzone festgehaltenen Journalisten informieren. Der Ausschuß wird beauftragt, dem Bundestag baldmöglichst schriftlich Bericht zu erstatten.

Bonn, den 18. März 1953

Ollenhauer und Fraktion